



JAHRESBERICHT 2013

FORUM MENSCHENRECHTE



Herausgeber:

Forum Menschenrechte e.V.
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
www.forum-menschenrechte.de

Redaktion:
Beate Ziegler

Inhalt

ZIELSETZUNG UND ARBEITSWEISE	4
Bilanzierender Rückblick auf das Jahr 2013 von Dr. Jochen Motte, Mitglied des Koordinierungskreises für die Vereinte Evangelische Mission	6
Aktivitäten 2013	8
Publikationen.....	8
Stellungnahmen.....	8
Pressemitteilungen.....	8
Berichte vom UN-Menschenrechtsrat.....	9
Veranstaltungen	9
Konferenzen	9
Politische Gespräche	9
Interne Veranstaltungen	9
Arbeitsgruppen des FORUM MENSCHENRECHTE:	10
Berichte der Arbeitsgruppen	12
AG Antirassismus (Bericht Johannes Brandstätter).....	12
AG Entwicklung und Wirtschaft (Bericht Dr. Michael Krennerich)	14
AG Frauenrechte (Bericht Birte Rohles).....	16
AG Frieden (Bericht Dr. Jochen Motte)	17
AG Innen (Bericht Günter Burkhardt).....	18
AG Kinderrechte (Bericht Antje Weber).....	19
AG Menschenrechtsbildung (Bericht Alexander Blom).....	22
AG Menschenrechtsrat (Bericht Dr. Jochen Motte).....	23
Weiterarbeit in 2014	24
Anhang 1: Abkürzungen	24
Anhang 2: Mitgliedsorganisationen 2013	26

ZIELSETZUNG UND ARBEITSWEISE

Das FORUM MENSCHENRECHTE (FMR) hat sich am 12.01.1994 anlässlich der Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 und auf Initiative der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGNV) als Zusammenschluss von bundesweit bzw. überregional arbeitenden Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Institutionen und kirchlichen Werken des Menschenrechtsbereichs in Deutschland konstituiert. Das FMR setzt sich für einen verbesserten, umfassenden Menschenrechtsschutz weltweit, in einzelnen Weltregionen, Ländern und in der Bundesrepublik Deutschland ein.

Das FMR dient u.a.

- der kritischen Begleitung der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages auf nationaler und internationaler Ebene sowie der Arbeit deutscher ExpertInnen in internationalen Menschenrechtsinstrumenten;
- der Durchführung gemeinsamer Vorhaben zur Verbesserung des Menschenrechtsschutzes in unserem und durch unser Land;
- der Unterstützung der Bewusstseinsbildung in Deutschland über Universalität und Komplexität der Menschenrechte.

Durch gemeinsame Lobbyaktivitäten, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit zu den durch die festen Arbeitsgruppen bearbeiteten Themen sollen diese Ziele erreicht werden.

Für aktuelle Themenschwerpunkte werden bei Bedarf zeitlich begrenzte Arbeitsgruppen - sogenannte ad hoc-AGs - eingerichtet.

Auf regelmäßig stattfindenden Plenumsitzungen werden grundlegende Entscheidungen über die Arbeit des FMR getroffen.

Ein für zwei Jahre gewählter Koordinierungskreis bereitet die Sitzungen vor und nach, sorgt für den Informationsfluss zwischen Plenum, Arbeitsgruppen und Geschäftsstelle und ist für die Außenwirkung des FMR verantwortlich.

Im Koordinierungskreis waren 2013 folgende Mitgliedsorganisationen vertreten durch:

- Amnesty International: Dr. Silke Voß-Kyeck,
- Brot für die Welt/eed: Dr. Julia Duchrow,
- Deutscher Frauenrat: Henny Engels,
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen: Dr. Beate Wagner,
- Deutsche Kommission Justitia et Pax: Dr. Daniel Legutke,
- Humanistische Union: Sven Lüders,
- PRO ASYL: Günter Burkhardt,
- Vereinte Evangelische Mission: Dr. Jochen Motte.

Das FORUM MENSCHENRECHTE e.V. beschäftigt eine Teilzeitkraft in der Geschäftsstelle in Berlin (2013 Beate Ziegler).

Den Vorstand des FMR e.V. bildeten 2013 Henny Engels und Dr. Jochen Motte; für die Finanzen zeichnete Sven Lüders verantwortlich.

Das FORUM MENSCHENRECHTE entsendet einen Beobachter zum UN-Menschenrechtsrat nach Genf. 2013 wurde diese Aufgabe von Dr. Theodor Rathgeber wahrgenommen.

2013 vertraten drei stimmberechtigte Mitglieder - Selmin Caliskan (Amnesty International), Ute Hausmann (FIAN Deutschland) und Dr. Rainer Huhle (Nürnberger Menschenrechtszentrum-NMRZ) – das FORUM MENSCHENRECHTE im Kuratorium des Deutschen Instituts für Menschenrechte

Im Jahr 2013 zählte das FORUM MENSCHENRECHTE 51 Mitgliedsorganisationen und zwei Gastmitglieder (vgl. Liste der Mitgliedsorganisationen im Anhang).

Bilanzierender Rückblick auf das Jahr 2013 von Dr. Jochen Motte, Mitglied des Koordinierungskreises für die Vereinte Evangelische Mission

1. 2013 – Politikdefizite in Sachen Menschenrechte klar offengelegt

Das vergangene Jahr war für das Forum Menschenrechte neben vielen Aktivitäten der AGs zu einzelnen Themen (siehe Berichte S. 12 ff.) in besonderer Weise bestimmt durch folgende Ereignisse und Vorhaben:

- die Wiener Menschenrechtskonferenz von 1993, die Anlass zur Gründung des Forums vor 20 Jahren war,
- die Kommentierung des 10. Berichtes der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik,
- die zweite Überprüfung Deutschlands innerhalb der universal periodic review im VN Menschenrechtsrat,
- der Wahlforderungskatalog anlässlich der Bundestagswahlen im September 2013.

Im Rahmen der gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte durchgeführten Tagung Wien +20 "Menschenrechte sind – und bleiben – unteilbar!" am 15. und 16. April 2013 standen die Themen Rassismus, Flüchtlingsrechte, soziale Menschenrechte und Schutz vor sexualisierter Gewalt in Kriegs- und Krisengebieten im Zentrum der Diskussion. Defizite im gegenwärtigen Regierungshandeln bei der Umsetzung menschenrechtlicher Verpflichtungen wurden dabei in den Blick genommen. Diese finden sich ebenso aufgelistet in den Stellungnahmen des Forums zur universal periodic review, zum 10. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung sowie in unserem Forderungskatalog zur Bundestagswahl.

In verschiedenen Politikgesprächen u.a. mit dem Außenminister, Generalsekretären und Fachpolitikern und -politikerinnen der im Bundestag vertretenen Parteien sowie im Rahmen einer Veranstaltung des Bundespräsidenten mit der Hochkommissarin für Menschenrechte, hatten Vertreter und Vertreterinnen aus Ko-Kreis und FMR die Gelegenheit, oben genannte Anliegen zu vertreten.

Die Umsetzung der genannten gemeinsamen Vorhaben durch den Ko-Kreis und darüber hinaus konnte nur gelingen dank zusätzlicher finanzieller Unterstützung von Seiten der Mitglieder wie auch der inhaltlichen Mit- und Zuarbeit durch die AGs und einzelner Mitgliedsorganisationen. Darüber hinaus sei vor allem genannt der Einsatz von Beate Ziegler in der Geschäftsstelle und Theodor Rathgeber im Bereich des Menschenrechtsrates. Besonders den Letztgenannten einen herzlichen Dank für ihre Arbeit.

2. 2014 – Neue Herausforderungen durch die neue Regierung

Die Forderungen aus dem vergangenen Jahr bilden eine gute Grundlage für das was aktuell ansteht - die kritische Begleitung der Menschenrechtsarbeit der neuen Bundesregierung. Menschenrechtsrelevante Politikziele, wie sie im Koalitionsvertrag formuliert sind, geben sicher keinen Anlass zu übertriebenen Hoffnungen, dass unsere Forderungen nun eher als bisher umgesetzt werden. Dennoch hat es unseres Erachtens in den vergangenen Jahren Fortschritte gegeben, menschenrechtliche Fragen im

Blick auf eine Reihe von Politikfeldern auch im Bereich der Innenpolitik zu thematisieren. Die Diskussion um das Thema Inklusion sei dazu beispielhaft genannt.

Neben dem zivilgesellschaftlichen Engagement inner- und außerhalb des Forums Menschenrechte hat dazu u.a. die Arbeit des Deutschen Institutes für Menschenrechte beigetragen. Dieses leistet einen wichtigen Beitrag zur Wahrnehmung und Umsetzung menschenrechtlicher Anliegen durch die Politik. Wir schätzen daher die enge Zusammenarbeit mit dem Institut, an dessen Arbeit wir durch das Kuratorium ja mitbeteiligt sind.

Zu nennen sind auch Anstöße aus dem Bereich der Politik wie z.B. des ehemaligen Menschenrechtsbeauftragten Markus Löning. Dieser hat allerdings auch auf die Grenzen seines Amtes hingewiesen, was Mainstreaming und koordinierendes Handeln innerhalb der Bundesregierung angeht. Die Frage einer Aufwertung des Amtes und Koordination im Kanzleramt mag in diesem Zusammenhang neu gestellt werden.

Weiteres Mainstreaming stellt auch das Forum vor neue Herausforderungen. Eine Konzentration unserer Arbeit auf klassische Ressorts wie Innen und Außen und evtl. noch Justiz und Entwicklungszusammenarbeit scheint nicht ausreichend zu sein. Auch bedarf es neben der Kommunikation politischer Forderungen mit Parlament und entsprechenden Ausschüssen der Pflege kontinuierlicher Beziehungen sowohl mit den Arbeitsebenen der Ministerien als auch mit deren politischen Leitungen. Der Versuch vor einigen Jahren einen Gesprächskontakt mit der Bundeskanzlerin herzustellen war leider erfolglos. Soll es dabei bleiben, oder ist nicht gerade angesichts der angesprochenen Herausforderung, Menschenrechte als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche zu vertreten, ein solches Gespräch und damit die Etablierung weiterer Kontakte ins Kanzleramt hinein notwendig? Dabei ist zu berücksichtigen, dass wichtige menschenrechtlich relevante Fragen im Bereich der EU z.B. zur Flüchtlingspolitik, der Sicherung der EU-Außengrenzen, der Wahrung von Grundrechten, wie z.B. die Datensicherung und anderes mehr, maßgeblich im Kanzleramt koordiniert werden.

3. Strategische Ausrichtung – Was können und wollen wir leisten?

Das vergangene Jahr war unter anderem auch davon geprägt, dass Aufgaben wie die Wien +20 Konferenz nur durch Erhebung eines Zusatzbeitrages durchgeführt werden konnten. Der Jahresabschluss aus 2013 zeigt, dass das Forum ein bedrohliches strukturelles Defizit hat, welches die Arbeitsfähigkeit kurz- bis mittelfristig in Frage stellt.

Der Ko-Kreis hat sich daher auf der letzten Ko-Kreissitzung ausführlich mit der Frage der Finanzen befasst und dazu eine Beschlussvorlage erarbeitet, die bei unserer Jahresklausur im Januar 2014 zur Diskussion gestellt werden wird. Dabei ist zu bedenken, dass die oben genannten Herausforderungen und Entwicklungen ein Mehr an Arbeit für den Ko-Kreis, die AGs, einzelne Mitgliedsorganisationen und vor allem die mit einer halben Stelle ausgestattete Geschäftsstelle zur Folge haben.

Wie dies in Zukunft geleistet werden soll, muss auch Teil einer strategischen Diskussion sein, die wir führen sollten. Bisher scheint es zuweilen, als hangelten wir uns von Projekt zu Projekt und vertrauten dem Engagement einzelner, die ihre Arbeitskraft einbringen.

Dennoch – zu Resignation besteht aus Sicht des Ko-Kreises insbesondere nach 2013 kein Anlass. 2014 kann das Forum auf 20 bewegte Lebensjahre zurückblicken. Das möchten wir auch entsprechend feiern und der alte Ko-Kreis hat dazu schon erste Überlegungen angestellt. Nach 20 Jahren gemeinsamer Arbeit im Forum Menschenrechte besteht durchaus Grund zu einer gewissen Gelassenheit und Zuversicht. Denn das Forum hat in seiner Geschichte schon viele stürmische Zeiten überstanden. Und bis Wien +40 ist noch ein wenig Zeit.

Aktivitäten 2013

Publikationen

April 2013 Jahresbericht 2012 (gedruckt zur Konferenz „Wien + 20“ – vergriffen; online:
http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab_02_2012/FMR_Jahresbericht_2012.pdf

April 2013 Forderungskatalog zur Bundestagswahl im September 2013, online:
http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab_02_2012/130514_Forderungen_FMR_zur_Bundestagswahl_final.pdf

Stellungnahmen

April 2013 Gemeinsames Positionspapier CorA¹ und Forum Menschenrechte „Erwartungen an einen Nationalen Aktionsplan Unternehmensverantwortung“, online:
http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab_02_2012/1304_Positionspapier_Aktionsplan_WirtschMR.pdf

August 2013 „list of issues“ für den CAT-Bericht Deutschland

Sept 2013 Stellungnahme zur Re-Akkreditierung des Deutschen Instituts für Menschenrechte

Pressemitteilungen

20.02.2013 FORUM MENSCHENRECHTE fordert klare menschenrechtspolitische Signale von Außenminister Westerwelle
<http://www.forum-menschenrechte.de/1/archive/pressemitteilungen/20.02.2013-gespraech-mit-aussenminister-westerwelle-forum-menschenrechte-erwartet-klare-menschenrechtspolitische-signale.html>

03.05.2013 Deutschland muss endlich Beschwerdemechanismus zum UN-Sozialpakt ratifizieren.
<http://www.forum-menschenrechte.de/1/archive/pressemitteilungen/beschwerdemechanismus-zum-un-sozialpakt-ratifizieren.html>

25.03.2013 upr-Deutschland: Parallelbericht FORUM MENSCHENRECHTE bei der pre-session:
<http://www.forum-menschenrechte.de/1/aktuelles/pressemitteilungen/pre-session-upr-deutschland.html>

19.04. 2013 FORUM MENSCHENRECHTE begrüßt CERD-Rüge für Deutschland
<http://www.forum-menschenrechte.de/1/aktuelles/pressemitteilungen/cerd-rge-fr-deutschland.html>

¹ „Corporate Accountability – Netzwerk für Unternehmensverantwortung“

Berichte vom UN-Menschenrechtsrat

März 2013: 22. Sitzung:

http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab_02_2012/bericht_HRC22_TR.pdf

Juni 2013: 23. Sitzung:

http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab_02_2012/bericht_HRC23_juni2013.pdf

Sep 2013: 24. Sitzung:

http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab_02_2012/bericht_MRR24_TR.pdf

Veranstaltungen

Konferenzen

- 15./16.04. „Wien + 20 – Menschenrechte sind und bleiben unteilbar“ Tagung zum 20. Jahrestag der Wiener Welt-Menschenrechts-Konferenz in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR).
- 07./08.10. jährliche (2013 in Genf) Tagung zum MRR in Zusammenarbeit mit DIMR und FES, Themenschwerpunkte: Kriminalisierung von NGOs, nachhaltige Entwicklung aus menschenrechtlicher Perspektive im Kontext der Post MDG 2015-Debatte.

Politische Gespräche

VertreterInnen des Koordinierungskreises und der Arbeitsgruppen nahmen an zahlreichen Fach – und Lobbygesprächen mit PolitikerInnen zu ihren Themen teil oder luden dazu ein (s.u., Berichte aus den Arbeitsgruppen).

Interne Veranstaltungen

- 17.-19.01.2013 Jahresklausur, Themenschwerpunkte Bundestagswahl und Religionsfreiheit
- 17.04.2013 Plenum in Berlin, Themenschwerpunkte upr-Deutschland und Forderungen zur Bundestagswahl
- 24.09.2013 Plenum in Berlin, Themenschwerpunkt Koalitionsverhandlungen.

Arbeitsgruppen des FORUM MENSCHENRECHTE:

Die Arbeitsgruppen bilden das inhaltliche Rückgrat des Forums. Dort erarbeitete Positionen und Papiere oder Broschüren sind zentral für seine Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit. Von allen Mitgliedsorganisationen des FMR wird die aktive Teilnahme an mindestens einer Arbeitsgruppe erwartet.

2013 waren 8 Arbeitsgruppen im FMR aktiv:

1. AG Antirassismus

Mitglieder: Amnesty International, Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG), Deutsche UNESCO-Kommission, Diakonie Deutschland, Verband binationaler Familien und Partnerschaften-iaf e.V., Interkultureller Rat, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Pax Christi; sowie mehrere Mitglieder des Forum auf dem Informationsverteiler; sowie als Gäste Yonas Endrias, Klaus Stoltenberg und das DIMR

Sprecher: Johannes Brandstätter (EWDE/Diakonie Deutschland), johannes.brandstaeter@diakonie.de

2. AG Entwicklung und Wirtschaft

Mitglieder: Amnesty International, Bischöfliches Hilfswerk Misereor, EWDE/Brot für die Welt-eed, Deutsche Kommission Justitia et Pax, European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), FIAN Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Germanwatch, Human Rights Watch, Kindernothilfe, Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD), Nürnberger Menschenrechtszentrum (NMRZ), Peace Brigades International (pbi), terre des hommes, Werkstatt Ökonomie. Als Gäste CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, Gegenströmung, urgewald.

SprecherInnen: Dr. Michael Krennerich (NMRZ), michael.krennerich@menschenrechte.org
Sarah Lincoln (BfdW), sarah.lincoln@brot-fuer-die-welt.de

3. AG Frauenrechte

Mitglieder: Amnesty International, Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel (KOK), Deutscher Frauenrat, ECCHR, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF), TERRE DES FEMMES – Menschenrechte für die Frau (TDF), Interessensvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL e.V.).

Sprecherin: Birte Rohles (TDF), gewaltschutz@frauenrechte.de

4. AG Frieden

Mitglieder: AGDF/pbi, EWDE/BfdW-eed, HBS/FriEnt, Humanistische Union, IFFF, Misereor, VEM

Sprecherin: Caroline Kruckow (BfdW), caroline.kruckow@brot-fuer-die-welt.de

5. AG Innen

Mitglieder: Amnesty International, BAFF, BAG Asyl in der Kirche, B-UMF, EWDE/Diakonie Deutschland, DRK, EKD, Humanistische Union, Verband binationaler Familien und Partnerschaften –iaf e.V., IPPNW, KOK, PRO ASYL.

Sprecher: Günter Burkhardt (PRO ASYL), gb@proasyl.de

6. AG Kinderrechte

Mitglieder (nach Neugründung): B-UMF, IPPNW, Kindernothilfe, National Coalition, terre des hommes), , mit Gast-Status: Michael Windfuhr (DIMR).

Sprecherin: Antje Weber (KNH), antje.weber@knh.de

7. AG Menschenrechtsbildung

Mitglieder: ACAT, Amnesty International, Bahá'í, Deutsche UNESCO-Kommission, ISL e.V., als Gast DIMR

Sprecher (bis 2013): Peter Amsler (Bahá'í)

8. AG MRR/ Außenpolitik

Mitglieder: Amnesty International, Brot für die Welt (EWDE/BfdW-eed), Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Forum Menschenrechte-MRR-Berichterstatter (Dr. Theodor Rathgeber), Friedrich Ebert Stiftung (FES), Friedrich Naumann Stiftung – für die Freiheit (FNF), Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF), Deutsche Kommission Justitia et Pax (jupax), Kindernothilfe (KNH), Nürnberger Menschenrechtszentrum (NMRZ), Peace Brigades International (pbi), Vereinte Evangelische Mission (VEM).

Sprecher: Dr. Jochen Motte (VEM), jpico@vemission.org

Berichte der Arbeitsgruppen

AG Antirassismus (Bericht Johannes Brandstätter)

Sitzungen: im Rahmen der Klausur 2012 am 20. Januar, am 27. März, 17. September (als Telefonkonferenz) und 12. Dezember 2013

Themen und Aktivitäten der AG 2013:

Die Beteiligung an der AG ist im Berichtsjahr zahlenmäßig gewachsen. Auf dieser Basis wird es zukünftig besser möglich sein, Sitzungen regelmäßig stattfinden zu lassen und die Arbeit zu verstetigen und zu intensivieren.

ECRI – Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, Berlin, 11. März 2013

ECRI hat eine neue Berichtsrunde über die Situation von Rassismus und Diskriminierung in den Mitgliedstaaten des Europarats begonnen. Deutschland gehört zu den ersten Ländern, die in diesem Rahmen berätet und beurteilt werden. Zu diesem Zweck hielt sich im März 2013 eine dreiköpfige Delegation in Berlin auf. Mitglieder der AG haben bei einem Dialogtermin der Delegation die Advocacy-Inhalte des Forums Menschenrechte eingebracht.

UPR-Beitrag des Forums Menschenrechte

Die AG brachte im Sommer ihre Inputs in den Prozess des Universal Periodic Review mit ein. Kwesi Aikins vertrat die AG bei einer Veranstaltung der Bundesregierung zum Menschenrechtsbericht der Bundesregierung.

Erfolgreiche Individualbeschwerde des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg bei CERD gegen die Verbreitung rassistischer Ideen

Das Forum Menschenrechte begrüßte die Entscheidung von CERD am 19. April 2013 mit einer von der AG vorbereiteten Presseerklärung. Die AG berät derzeit über eine sinnvolle Nacharbeit der in der Sache nicht beendeten Problematik.

WIEN+20 – Konferenz zum 20. Jahrestag der Wiener Weltmensenrechtskonferenz 1993

Der AG-Sprecher brachte die Anliegen des Forums zur Rassismus-Thematik im dafür eingerichteten Panel der Konferenz im April ein.

Forum gegen Rassismus

Das Forum gegen Rassismus ist eine seit dem EU-Jahr gegen Rassismus 1997 bestehende Plattform von Regierungsstellen und gesellschaftlichen Organisationen, deren Geschäftsführung beim BMI liegt. Der AG-Sprecher vertrat dort die zivilgesellschaftlichen Positionen zu einem Entwurf für eine Grundsatzerklärung gegen Rassismus dieses Forums. Ziel ist dabei, zu einem besseren fachlichen Verständnis von rassistischer Diskriminierung im Sprachgebrauch der Bundesregierung (Nationaler Aktionsplan; Staatenberichterstattung ICERD) zu kommen. Der Sprecher der AG ist Mitglied dieser Kleingruppe und brachte die Anliegen der AG dort ein.

Planung 2014

Parallelberichterstattung UN-Antirassismus-Konvention

2012 stand turnusgemäß der Staatenbericht Deutschlands zur UN-Antirassismus-Konvention (ICERD) an; er wurde 2013 im Bundeskabinett verabschiedet. Im Februar 2015 wird er in Genf verhandelt. Die AG arbeitet aktiv am Parallelbericht beteiligen, der zusammen mit VertreterInnen der Selbstorganisationen Betroffener erstellt werden soll. Der Parallelbericht soll ca. im Dezember 2014 vorliegen, so dass er im vom Ausschuss berücksichtigt werden kann.

Geplant sind bisher folgende Themenschwerpunkte: Datenerhebung und Statistik, Strafrecht, Rassismus im Bildungssystem, Rassismus und Gesundheit. Vorgesehen ist, bei der Erstellung besonders die Perspektiven von „people of colour“ auf Rassismus in Deutschland in den Blick zu nehmen. Dazu soll ein Panel of Experts aus von Rassismus Betroffenen gebildet werden. Die Zusammenarbeit wird in von Kwesi Aikins erstellten „Terms of reference“ dargestellt.

Strafschärfung rassistischer Beweggründe in § 46 StGB

Die AG hatte 2012 eine Stellungnahme zum dem Bundestag vorliegenden Gesetzesantrag des Bundesrates zur Strafschärfung rassistischer Beweggründe vorgelegt. (Positive) Rückmeldungen liegen bisher vor von der Linksfraktion sowie von den Zentralräten der Muslime, Juden und Sinti/Roma. Das Thema ist im neuen Koalitionsvertrag enthalten und hat somit Chancen, mit gutem Erfolg in der neuen Legislaturperiode wieder aufgegriffen zu werden.

AG Entwicklung und Wirtschaft (Bericht Dr. Michael Krennerich)

Zielsetzung der Arbeitsgruppe:

Die AG setzt sich dafür ein,

- dass sich das bilaterale wie multilaterale internationale Handeln Deutschlands (Entwicklungs- politik, Außen- und Außenwirtschaftspolitik, Ressourcen- und Umweltpolitik etc.) konsequent an Menschenrechten ausrichtet;
- dass sich das Auswärtige Handeln der Europäischen Union (GASP, Entwicklungszusammenar- beit, Handelspolitik) konsequent an den Menschenrechten ausrichtet;
- dass internationale Organisationen (z.B. Entwicklungsbanken, Welthandelsorganisation) stär- ker an Menschenrechtsstandards gebunden werden;
- dass Wirtschaftsunternehmen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachkommen und unternehmerisches Handeln stärker an die Menschenrechte gebunden wird;
- dass VerteidigerInnen von Menschenrechten, auch der wirtschaftlichen, sozialen und kultu- rellen Rechte, vor staatlicher und nicht-staatlicher Diffamierung, Kriminalisierung und Verfol- gung geschützt werden;
- dass gerade in Entwicklungsländern benachteiligte, diskriminierte und ausgegrenzte Men- schen darin unterstützt werden ihre Menschenrechte, auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen, einzufordern und ihr Schicksal aktiv mitzugestalten;
- dass im Sinne der Unteilbarkeit der Menschenrechte die wirtschaftlichen, sozialen und kultu- rellen Menschenrechte an Bedeutung gewinnen.

Tätigkeiten der AG im Jahre 2013:

- Werben für die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt durch Deutschland, un- ter anderem auch im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen;
- kontinuierlicher Austausch mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und den Durchführungsorganisationen der staatlichen Entwicklun- gszusammenarbeit (GIZ, KfW);
- fortgeführter Dialog über ein Beschwerdeverfahren für die staatliche Entwicklungszusam- menarbeit mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte und dem BMZ, einschließlich ei- nes Treffens mit dem BMZ-Menschenrechtsreferat und eines Briefes an Staatssekretär Beer- feltz;
- Gespräch mit der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) über die Gel- tung des Menschenrechtsleitkonzepts des BMZ, die IFC Performance Standards und den in- ternen Beschwerdemechanismus der DEG;
- Unterstützung einer Petition von FIAN Deutschland an den Deutschen Bundestag für mehr menschenrechtliche Transparenz bei der DEG (nur durch Einzelorganisationen der AG);
- Erstellung des Positionspapiers „Wirtschaft und Menschenrechte. Erwartungen an einen deutschen Aktionsplan“ in Zusammenarbeit mit CorA-Netzwerk für Unternehmensverant- wortung; gemeinsame Ausarbeitung und Versendung von diesbezüglichen Wahlprüfsteinen an die politischen Parteien vor den Wahlen;
- Neu-Entsendung einer Vertreterin (seit September: Miriam Saage-Maasz, ECCHR) in den Be- gleitkreis der Nationalen Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze;
- Verbreitung und Follow-Up der Broschüre (in deutscher, englischer und spanischer Sprache) zum Schutz der VerteidigerInnen von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschen- rechte;
- Mitgestaltung des BMZ-Dialogs mit der Zivilgesellschaft zur Post 2015-Agenda: Kommentie- rung des High Level Panel Berichts aus zivilgesellschaftlicher Sicht und Impulsvorträge in mehreren Arbeitsgruppen des Dialogforums;

- erste Vorbereitungsarbeiten zu einer Fachtagung im Jahre 2014 anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der EU-Leitlinien für MenschenrechtsverteidigerInnen;
- Teilnahme an verschiedenen Tagungen einzelner Mitgliedsorganisationen oder Gäste, z.B. an der Fachtagung von urgewald „Menschenrechte und internationale Finanzinstitutionen – Eine schwierige Beziehung“.

Stand der Planungen für 2014:

Die Jahresplanung erfolgt auf der ersten AG-Sitzung zu Beginn des Jahres 2014. Sie beinhaltet voraussichtlich:

- weitere Advocacy-Arbeit für die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt durch Deutschland;
- die Kontaktaufnahme mit der neuen Leitung des BMZ;
- die Fortsetzung des Dialogs mit dem Menschenrechtsreferat des BMZ und den Durchführungsorganisationen der staatlichen EZ;
- weitere Advocacy-Arbeit für ein Beschwerdeverfahren für die staatliche EZ und mehr Transparenz von Entwicklungsvorhaben;
- Fachtagung zum Anlass des 10jährigen Bestehens der EU-Leitlinien über MenschenrechtsverteidigerInnen;
- weiterer Austausch und Zusammenarbeit mit VENRO und dem Forum Umwelt und Entwicklung zur politischen Begleitung der post-2015 Agenda, u.a. zur Stärkung eines rechtebasierten Ansatzes in der Agenda;
- Advocacyarbeit für einen umfassenden Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in Deutschland, insbesondere durch die Festschreibung verbindlicher menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten für Unternehmen und die Verbesserung des Zugangs zu juristischen und nicht-juristischen Beschwerdeverfahren;
- Kritische Begleitung der Arbeit der Nationalen Kontaktstelle (NKS) für die OECD-Leitsätze durch Mitarbeit in der Begleitgruppe zur NKS, Advocacy für eine umfassende Reform der NKS.

AG Frauenrechte (Bericht Birte Rohles)

Die AG Frauenrechte hatte im Jahr 2013 folgende Schwerpunkte:

1. Menschenhandel: Die Bundesregierung musste bis zum 6. April 2013 die EU-Richtlinie 2011/36 umsetzen. Diesbezüglich gab es einen Brief von der AG Innen und der AG Frauen mit Forderungen, der an Ministerin Schröder verschickt wurde.
2. Migrantinnen und ihre Rechte: Am 29.05.13 fand ein Treffen mit Frau Röseler, Mitarbeiterin der Integrationsbeauftragten des Bundes, statt. Es ging vor allem um eine Bilanz und die Umsetzung des Zwangsverheiraturbekämpfungsgesetzes und um ein eigenständiges Aufenthaltsrecht. Frau Röseler berichtete, dass in ihrer Behörde so gut wie gar keine Fälle von Zwangsverheiratur ankommen. Zur Härtefallregelung beim Aufenthaltsrecht meint sie, dass das Problem nicht die Regelung ist, sondern dass die Ausländerbehörden die Regelung sehr restriktiv handhaben. Nach dem Treffen wird für die Zukunft beschlossen, die prozessuale Lage der „Opferzeugin“ aus Sicht der juristischen, praktischen Erfahrungen weiterzuerfolgen, weil hier ein großes Hindernis bei den Betroffenen liegt, Anzeige im Fall einer Zwangsverheiratur zu erstatten („anonymes Strafverfahren“).
3. Treffen mit dem Familienausschuss: Bei dem Treffen ging es um folgende Themen: Gewaltschutzgesetz, Istanbul-Konvention, Zwangsverheiraturbekämpfungsgesetz, EU-Richtlinie zu Menschenhandel und den Lagebericht der Bundesregierung zur Situation der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen. Ergebnisse des Gesprächs sind im Protokoll nachzulesen. Das Treffen wurde von den Teilnehmerinnen als sehr positiv bewertet, da sich die Abgeordneten sehr offen und gesprächsbereit gezeigt hatten. In Zukunft sollen diese Treffen regelmäßig stattfinden.
4. Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen: Manuela Krosta von der Interessensvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL e.V.) wurde von der AG eingeladen, über das Thema zu referieren. Sie benennt als aktuelle Problemfelder für Frauen mit Behinderung: Das niedrigere Strafmaß bei sexueller Nötigung widerstandsunfähiger Frauen, nicht barrierearme Frauenhäuser, keine geschlechtergleichen Pflegeleistungen und schwer realisierbare Elternassistenz. Die AG lädt die ISL ein, der AG Frauenrechte beizutreten, damit zukünftig die Perspektive von Frauen mit Behinderung in die Arbeit der AG einfließen kann. Es wird angeregt, im nächsten Jahr ein Treffen mit der Behindertenbeauftragten (BMAS) sowie dem Rechtsausschuss zum Thema §177/§179 anzustreben.
5. Gesetzesentwurf Reform des Sorgerechts nicht miteinander verheirateter Eltern: Die AG hatte sich 2012 mit dem Thema beschäftigt und die Unterschriftenaktion des Verbands allein erziehender Mütter und Väter e.V. dazu verbreitet. Trotz aller Bedenken und Kritik von Verbänden hat die Bundesregierung das Gesetz 2013 verabschiedet.

Die Planungen für 2014 erfolgen bei der Jahresklausur im Januar 2014. Ein Thema wird die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Deutschland sein.

AG Frieden (Bericht Dr. Jochen Motte)

Nach mehreren vergeblichen Versuchen kam es am 17. Oktober 2013 zu einem Gründungstreffen der AG Frieden und Menschenrechte. Dabei wurden Ziele und Inhalte für die Jahresplanung 2014 beraten und beschlossen. Grundsätzlich will die AG das Thema Frieden und Menschenrechte stärker als bisher im Forum bearbeiten, auch um wechselseitige Bezüge deutlicher ins Bewusstsein zu rufen und in Stellungnahmen des Forums zu berücksichtigen. Ferner will die AG Friedens- und Menschenrechtsdiskurse miteinander in Verbindung bringen und einen stärkeren Bezug zueinander herstellen.

Die Mitglieder der AG haben folgenden Ziele, Aufgaben und Arbeitsvorhaben für das Jahr 2014 vereinbart:

- Die AG soll Prozesse anstoßen, damit das Themenfeld „Frieden/Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB)“ in seiner menschenrechtlichen Relevanz im Forum stärker als bisher wahrgenommen wird und sich das Forum dazu auch positionieren kann.
- Die AG wird Policy-Papiere des Forums kommentieren bzw. ergänzen, um Aspekte der Friedensförderung und ZKB-spezifische Elemente einzubringen. Friedensförderung und ZKB sollen als Querschnittsaufgabe im Menschenrechtsansatz des Forum Menschenrechte verankert werden;
- Die AG soll Inkohärenz in Aktionsplänen u.ä. der Bundesregierung über die Themenfelder Menschenrechte bzw. ZKB/Friedensförderung aufzeigen und bei Bedarf Änderungsvorschläge einbringen.
- Die AG fungiert als Kontaktstelle zur Plattform Zivile Konfliktbearbeitung;
- Die AG gewährleistet ein fortlaufendes Monitoring von politischen Entwicklungen im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung in Regierung und Parlament, im Blick auf menschenrechtlich relevante Fragen. Bei Bedarf auch auf europäischer und internationaler Ebene (Europa, Post 2015, u.ä.)
- Die AG gewährleistet die Sprachfähigkeit des Forums gegenüber dem Unterausschuss Zivile Krisenprävention im Bundestag sowie gegenüber dem Ressortkreis der Bundesregierung zu Fragen des Aktionsplanes
- Folgende inhaltliche Schwerpunkte und Themen sollen in dem genannten Rahmen und darüber aufgegriffen werden: Aktionsplan Zivile Krisenprävention; Straflosigkeit; Schutz von MR-VerteidigerInnen; Eintreten für Menschenrechte und gewaltfreie Formen von Konflikttransformation; menschenrechtliches Standard Setting und Implementierung – Konflikte, Defizite, Chancen.

AG Innen (Bericht Günter Burkhardt)

Die AG Innen hatte im Jahr 2013 folgende Schwerpunkte:

1. Umsetzung der CAT-Empfehlungen durch die Bundesregierung
2. Lobbyarbeit zu den Koalitionsverhandlungen
3. Aufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge
4. Familiennachzug nach Deutschland
5. Menschenhandel und Aufenthaltsrechte für die Opfer von Menschenhandel
6. AsylbLG
7. Menschenrechte an Europas Grenzen (Zugang von Asylsuchenden nach Europa)

Geplante Aktivitäten 2014:

- Lobbyarbeit zur Umsetzung des Koalitionsvertrages
- Gespräche mit dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages

AG Kinderrechte (Bericht Antje Weber)

I. Neugründung der AG Kinderrechte 2013

Angesichts des Todes von Barbara Dünnweller (Kindernothilfe, ehemalige Sprecherin der AG Kinderrechte) und des faktischen Aufgehens der AG Kinderrechte in der Flüchtlingskinderkampagne im Jahr 2012 stellte sich Anfang 2013 die Frage, ob die AG Kinderrechte fortbestehen soll und - wenn ja - in welcher Form und mit welcher Zielsetzung. Nach intensiven Gesprächen und der Auslotung von Handlungsfeldern wurde beschlossen, die AG Kinderrechte 2013 fortbestehen zu lassen. Die Zielsetzung lautet wie folgt:

- Koordinierung/ Vernetzung innerhalb der Mitgliedsorganisationen
- Informationsaustausch
- Lobbyaktivitäten
- Sichtbarkeit des Themas Kinderechte als Querschnittsthema im FMR

II. Mandat

Die AG Kinderrechte bringt kinderrechtsrelevante Themen (national und international) in das Forum ein, stellt Bezüge und Arbeitszusammenhänge zu anderen Arbeitsgruppen des Forums soweit als möglich her. Schwerpunkt der Arbeit ist die Entwicklung von Forderungen an die deutsche Politik, die sich auf die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention beziehen. Übergeordnetes Ziel ist es, auf die Erfüllung der völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland zu drängen, die sich aus diesem Übereinkommen ergeben. Die AG Kinderrechte pflegt eine enge Kooperation mit der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland, die Mitglied in der AG ist.

III. Zielsetzung 2013

Für das Jahr 2013 wurden zum Jahresbeginn folgende Aktivitäten zum Ziel gesetzt:

- Begleitung des Staatenberichtsverfahrens zur KRK mit einem besonderen Fokus auf der Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlingskinder sowie der Monitoringinstanz zur UN-Kinderrechtskonvention
- Kinderarmut: Auslotung der Handlungsfelder in Absprache mit der AG Frauenrechte des FMR
- Monitoring KRK: Auslotung der Handlungsfelder in Absprache mit NC und DIMR

IV. Aktivitäten 2013

Die AG hat im Berichtszeitraum ein reguläres Treffen durchgeführt (Schmerlenbach, 18. Januar). Darüber hinaus gab es drei Treffen der AG Genf der National Coalition zur Vorbereitung des Staatenberichtsverfahrens zur UN-Kinderrechtskonvention, bei der auch die AG Kinderrechte anwesend war (15. April, 6. Juni, 5. September und 19. November jeweils in Berlin).

Staatenberichtsverfahren zur UN-Kinderrechtskonvention

Die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland wird derzeit vom UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes in Genf überprüft. Das nach Art. 44 der KRK regelmäßig alle 5 Jahre stattfindende Staatenberichtsverfahren sieht zwei Elemente vor:

- Berichterstattung: a) durch den Staat, b) durch NGOs (Schattenberichte)
- Anhörung vor dem UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes: a) Vertreter von NGOs (Pre-Session), b) Staatenvertreter (Session)

Gegenstand des Berichtsverfahrens ist die UN-Kinderrechtskonvention² inklusive dem 1. Zusatzprotokoll betreffend Kinder in bewaffneten Konflikten³ und dem 2. Zusatzprotokoll betreffend Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornografie⁴.

Folgende Berichte wurden dazu unter Mitwirkung der AG-Mitglieder eingereicht:

- Ergänzendes Bericht der National Coalition zum Dritt- und Viertbericht der Bundesrepublik Deutschland an die Vereinten Nationen gemäß Artikel 44 Abs. 1 Buchstabe b des Übereinkommens über die Rechte des Kindes⁵
- Erster Kinder- und Jugendbericht⁶
- Kinder zweiter Klasse. Bericht zur Lebenssituation junger Flüchtlinge in Deutschland⁷
- Schattenbericht Kindersoldaten 2013
- Ergänzendes Bericht zum Ersten Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland 2013 an die Vereinten Nationen⁸

Beteiligung der AG:

- 15. April 2013: Absprache und Koordinierung der NGO-Beiträge für die Pre-Session im Staatenberichtsverfahren zur KRK im DIMR, evtl. mit gemeinsamer Pressekonferenz und/ oder Pressemeldung
- 18. Juni 2013: Präsenz bei der Pre-Session in Genf und Berichterstattung zur Kinderrechtssituation in Deutschland
- Auswertungstreffen am 5. September mit der AG.Genf der National Coalition in Berlin
- Bis 5.12.2013: Kommentierung der Stellungnahme der Bundesregierung zur List of Issues des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes
- In Planung: 27./28. Januar: Präsenz bei der Anhörung der Staatenvertreter in Genf

Thematische Schwerpunkte:

Die Mitglieder der AG legten einen besonderen Schwerpunkt auf die Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge und die Einrichtung einer Monitoring-Instanz zur UN-Kinderrechtskonvention

² Übereinkommen über die Rechte des Kindes Convention on the Rights of the Child (CRC) vom 20.11.1989. Resolution 44/25 der UN-Generalversammlung. Unterzeichnet durch die Bundesregierung am 26.01.1990. Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde am 06.03.1992. In Kraft getreten am 05.04.1992. BGBl 1992 II, 121, Link: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/CRC/crc_de.pdf

³ 1. Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, unterzeichnet am 06.09.2000. In Kraft getreten am 13.01.2005. BGBl 2004 II, 1355, Link: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/CRC/crc_op1_de.pdf

⁴ 2. Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, unterzeichnet am 06.09.2000. In Kraft getreten am 15.07.2009. BGBl. II S. 1222, Link: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/CRC/crc_op2_de.pdf

⁵ Link: http://www.national-coalition.de/pdf/26-01-2010/www_nc_Ergbericht.pdf

⁶ Link: <http://www.kinder-jugendreport.de/>

⁷ Link: <http://www.b-umf.de/images/parallelbericht-bumf-2013-web.pdf>

⁸ Link: http://www.ecpat.de/uploads/media/Schattenbericht_OPSC_30-5-2013-dt-final-1.pdf

Universal Periodic Review

Am 25. April 2013 wurde Deutschland zum zweiten Mal vom UN-Menschenrechtsrat im Rahmen des UPR-Verfahrens (Universal Periodic Review) auf seine Menschenrechtssituation hin überprüft.

Beteiligung der AG:

- Input für den Bericht des Forum Menschenrechte
- Statement bei den beiden öffentlichen Anhörungen des Menschenrechtsbeauftragten am 05. Dezember 2012 sowie am 13. Juni 2013
- Statement bei der Stellungnahme Deutschlands zu den Empfehlungen in der 24. Sitzung des Menschenrechtsrates durch Judit Costa vom B-UMF

Thematische Schwerpunkte:

Die Mitglieder der AG legten einen besonderen Schwerpunkt auf die Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge.

V. Fazit

Die Aktivitäten der AG richteten sich sehr stark auf die Erfüllung des ersten Ziel, d.h. der Begleitung des Staatenberichtsverfahrens. Bislang waren diese Aktivitäten im Hinblick sehr erfolgreich und werden bis zum Abschluss des Verfahrens im Frühjahr 2014 fortgesetzt. Vor allem die Flüchtlingskinder sind im gesamten Verfahren sehr präsent, auch die Einrichtung einer Monitoringinstanz war durchweg in den Verfahren ein wichtiges Thema.

Die Auslotung der Handlungsfelder zum Thema Kinderarmut in Absprache mit der AG Frauenrechte des FMR konnte hingegen aus Ressourcengründen nicht geleistet werden.

Planung 2014

Ein Rückblick auf das Jahr 2013 sowie die Planung für das Jahr 2014 nimmt die AG bei der Jahresklausur des Forum Menschenrechte in Schmerlenbach vor.

AG Menschenrechtsbildung (Bericht Alexander Blom)

Nach dem beruflich bedingten Ausscheiden des bisherigen AG-Sprechers Peter Amsler (Bahá'í) aus dem Forum soll 2014 geklärt werden, welche Möglichkeiten zur Weiterarbeit der AG bestehen.

Die von der AG erarbeitete Broschüre zu Menschenrechten in der frühkindlichen Erziehung ist vergriffen; allerdings erlaubt die finanzielle Situation des Forums derzeit keine Neuauflage.

Online abrufbar ist sie unter

http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab_02_2011/FMR_fruehkindliche_Bildung_2011.pdf.

AG Menschenrechtsrat (Bericht Dr. Jochen Motte)

Ziel der AG war die Vorbereitung und Begleitung der Sitzungen des MRR sowie verschiedener universal periodic reviews (UPR) darunter Deutschlands, die Vorbereitung von Gesprächen mit der deutschen Delegation vor und während des MRR, die Beauftragung eines Beobachters des MRR für das Forum Menschenrechte sowie die Begleitung und Auswertung seiner Arbeit.

Wie in den vorangegangenen Jahren hat Dr. Theodor Rathgeber die Beobachtung des MRR, die aktive Lobbyarbeit und Durchführung von „Side Events“ während der Sitzungen des MRR sowie die Koordination der Gesprächskontakte mit der deutschen Delegation und dem Menschenrechtsbeauftragten in Genf für das Forum wahrgenommen.

Die schriftlichen Berichte finden sich auf der Website des Forums.

Mitglieder der AG waren maßgeblich beteiligt an der Vorbereitung und Durchführung des Gespräches mit Außenminister Westerwelle am 20. Februar 2013, bei dem ebenfalls Forderungen und Themen im Zusammenhang mit der upr Deutschlands und seiner Rolle im MRR angesprochen wurden.

Im Zusammenhang mit dem MRR und dem universal periodic review Deutschlands haben Mitglieder der AG am 25. Mai 2013 in Genf gemeinsam mit dem Beobachter des Forums, weiteren Forums-Mitgliedsorganisationen sowie in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte und der BRK Allianz, ein Pressegespräch durchgeführt. Im Anschluss an den interaktiven Dialog hat das Forum Menschenrechte einen side event veranstaltet. Dabei wurde eine erste Bilanz zum upr Deutschlands gezogen unter Beteiligung des deutschen Menschenrechtsbeauftragten Markus Löning sowie des deutschen Botschafters Dr. Hanns Heinrich Schumacher.

Die AG war ferner beteiligt an der Vorbereitung und Durchführung eines Gespräches zur Umsetzung der Empfehlungen aus dem upr mit VertreterInnen der Ministerien und dem Menschenrechtsbeauftragten am 13. Juni 2013.

Die diesjährige Tagung des Forum MR in Kooperation mit der FES und dem DIMR fand vom 7.-8.10.2013 in Genf (Bossey) statt. Schwerpunktthemen waren

- a) Kriminalisierung von NGOs und
- b) nachhaltige Entwicklung aus menschenrechtlicher Perspektive im Kontext der Post MDG 2015 Debatte, jeweils mit Bezug auf Handlungsmöglichkeiten im Kontext des MRR.

Die AG hat im vergangenen Jahr zweimal getagt.

Weiterarbeit in 2014

Im Mai 2014 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Aus diesem Anlass plant das FORUM MENSCHENRECHTE eine Podiumsdiskussion mit deutschen EP-KandidatInnen zu ihren menschenrechtspolitischen Vorhaben.

Themen, die das Forum das ganze Jahr 2014 beschäftigen werden, sind neben der Bekämpfung von Rassismus die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik, die Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplans zu Unternehmensverantwortung und insgesamt die Umsetzung der menschenrechtlichen Schwerpunkte des Koalitionsvertrags durch die neue Bundesregierung.

Sie werden - ebenso wie die „Klassiker“ ILO-Konvention 169 und Ratifikation des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt genau wie das „neue“ Thema – Schutz der Privatsphäre im digitalen Zeitalter – von den AGs bearbeitet und bei anstehenden politischen Gesprächen aufgegriffen werden

Last, but not least: 2014 wird das FORUM MENSCHENRECHTE 20 Jahre alt. Trotz knapper Finanzen soll der Geburtstag im November 2014 mit einer Feier mit Mitgliedern und langjährigen WegbegleiterInnen des Forums aus Politik und Zivilgesellschaft begangen werden.

Anhang 1: Abkürzungen

BRK	Behindertenrechtskonvention (UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen)
CAT	Convention Against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment bzw. Committee Against Torture (UN-Antifolterkonvention bzw. UN-Fachausschuss gegen Folter)
CERD	für die Überprüfung der Einhaltung der „ICERD“ (s.u.) zuständiger UN-Ausschuss
CEDAW	Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women (Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau)
CPT	European Convention for the Prevention of Torture and Inhuman and Degrading Treatment or Punishment = European Committee for the Prevention of Torture (Europäische Anti-Folter-Konvention bzw. Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter - beim Europarat angesiedelt).
DIMR	Deutsches Institut für Menschenrechte
ECRI	European Commission Against Racism and Intolerance (Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz – beim Europarat angesiedelt)
ICC	International Criminal Court/ Internationaler Strafgerichtshof (IStGH)
ICERD	International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination (Internationales Übereinkommen zur Beseitigung von rassistischer Diskriminierung)
IFC	International Finance Corporation
ILO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
ILO-Konvention 169	C169 Indigenous and Tribal Peoples Convention („Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern“)
Istanbul-Konvention	Übereinkommen des Europarats zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt
KRK	UN-Kinderrechtskonvention
MRR	Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen
NC	National Coalition (zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland)
NKS	Nationale Kontaktstelle OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights (UN-Hochkommissariat für Menschenrechte)
Resettlement	Dauerhafte Neuansiedlung besonders verletzlicher Flüchtlinge in einem zur Aufnahme bereiten Staat (UNHCR-Programm)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur)
UN-Sozialpakt	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, (von der UN-Generalversammlung verabschiedet), englisch: ICESCR (International Convenant on Economic, Social and Cultural Rights)
UN-Zivilpakt	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (am 16. Dezember 1966 von der UN-Generalversammlung verabschiedet), englisch: ICCPR (International Convenant on Civil and Political Rights)
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees (UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge)
UPR	Universal Periodic Review (regelmäßige Überprüfung der Menschenrechtssituation in den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen durch den UN-Menschenrechtsrat)
WSK-Rechte	Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte

Anhang 2: Mitgliedsorganisationen 2013

1. ACAT Deutschland
2. AGDF/Peace Brigades International (pbi)
3. Amnesty International Deutsche Sektion
4. ATD-Vierte Welt in Deutschland
5. Bundesweite AG Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAFF)
6. Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG e.V.)
7. Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (B-UMF)
8. „Deutsche Gesellschaft“ e.V.
9. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)
10. Deutsche Kommission Justitia et Pax
11. Deutsche UNESCO-Kommission
12. Deutscher Frauenrat
13. Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
14. European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR)
15. Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung (EWDE) mit den Teilwerken Brot für die Welt-eed und Diakonie Deutschland
16. FIAN Deutschland e.V.
17. Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
18. Friedrich-Naumann-Stiftung – für die Freiheit (FNF)
19. Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen (GMS)
20. Germanwatch
21. Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
22. Heinrich-Böll-Stiftung
23. Humanistische Union vereinigt mit der Gustav-Heinemann-Initiative (HU)
24. Human Rights Watch (HRW)
25. Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland (ISL e.V.)
26. Interkultureller Rat
27. Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)
28. Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)
29. IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung
30. Kindernothilfe (KNH)
31. KOK- Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel
32. Kommission für Menschenrechte des Richter und Anwaltsvereins Freiburg
33. Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)
34. Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD)
35. medica mondiale
36. Misereor
37. missio Aachen
38. missio München
39. Missionszentrale der Franziskaner
40. Nationaler Geistiger Rat der Bahá'í
41. Nürnberger Menschenrechtszentrum (NMRZ)
42. Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche
43. pax christi
44. PRO ASYL
45. pro familia
46. Reporter ohne Grenzen

- 47. TERRE DES FEMMES
- 48. terre des hommes Deutschland
- 49. Verband binationaler Familien und Partnerschaften – iaf e.V.
- 50. Vereinte Evangelische Mission (VEM)
- 51. werkstatt ökonomie (woek e.V.)

Gastmitglieder:

- 52. Deutsches Rotes Kreuz,
- 53. EKD